

Presseinformation

Nr. 484 / 2014

Kiel, Freitag, 5. Dezember 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Notenzeugnisse

Anita Klahn: Heftige Klatsche für Bildungsministerin Ernst

Zur heutigen Berichterstattung der „Kieler Nachrichten“ über das Scheitern der notenfremen Grundschule erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Tatsache, dass sich fast 90 Prozent der Grundschulen gegen die Einführung der notenfremen Zeugnisse ausgesprochen haben, sollte verantwortungsbewussten Bildungspolitikern von Rot-Grün-Blau eigentlich zu verstehen geben, dass sie ihre Kuschelpädagogik-Pläne kritisch überdenken sollten. Eine größere Ablehnung dieser ideologisch motivierten Bevormundung durch Kiel war kaum möglich. Es ist zugleich eine heftige Klatsche auch für die neue Bildungsministerin Ernst, die das von ihrer Vorgängerin verursachte Konzept offenbar unbeirrt fortsetzen will.

Bedauerlicherweise ist also nicht damit zu rechnen, dass in den Reihen von SPD, Grünen und SSW ehrliche Selbstkritik geübt wird. Stattdessen geht von der Bildungspolitik dieser Koalition weiter das Signal aus: Egal, was die Betroffenen – also die Eltern, Lehrer und Schüler – wollen, Rot-Grün-Blau weiß es besser. So war es bei dem Verbot der Wahlfreiheit der Gymnasien zwischen G8 und G9, so war es auch bei der Aufhebung der Freiheit der Wahl des pädagogischen Konzeptes bei Gemeinschaftsschulen. Eigenverantwortlichkeit wurde den Schulen auch deshalb von SPD, Grünen und SSW verweigert, weil sie selbst nicht glaubten, dass sich Eltern, Lehrer und Schüler für die rot-grün-blauen Bildungskonzepte freiwillig entscheiden.

Es ist schon erstaunlich, dass führende Vertreter dieser Koalition angesichts solcher eindeutigen Voten gegen ihre bildungspolitischen Vorstellungen noch immer öffentlich erklären, sie seien die Koalition des Bildungsdialogs. Vielmehr zeigt sich, dass die Schulen sich – wenn sie es durch freie Entscheidungen dürfen – klar gegen diese Politik stellen.“